

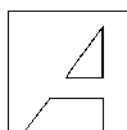
Politischer Kurzbericht

Argentinien: 90 Tage Kirchner – eine erste Bilanz

von

Hans Blomeier

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Land
Buenos Aires, im August 2003



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Am 25. Mai trat *Nestor Kirchner* in Mitten einer hohen Erwartungshaltung und nach einem an Überraschungen wahrlich nicht armen Wahlkampf sein Amt als neuer argentinischer Präsident an. Die Ausgangslage war dabei durchaus problematisch: Mit rund 22% der Stimmen war *Kirchner* lediglich zweiter Sieger hinter *Carlos Menem* (24%) bei der Wahl in der ersten Runde geblieben, wurde dann jedoch automatisch durch den Verzicht *Menems* auf die zweite Runde zum Sieger gekürt. Die unmittelbare Herausforderung war damit eindeutig und klar: Es galt die dünne Legitimationsbasis von nur 22% zu erweitern, was ihm durch die ausgefallenen zweite Runde, die er nach übereinstimmenden Meinungsumfragen haushoch gewonnen hätte, zunächst verwehrt worden war. Was in den nächsten Wochen folgte, dürfte Freund und Feind überrascht haben.

Regierungsaktionen

Waren im Vorfeld noch Befürchtungen geäußert worden, dass der weitgehend unbekannte Mann aus Patagonien entweder das Trauma *de la Rúa* wiederholen (im Sinne einer Handlungspassivität) oder er ganz im Schatten seiner bekannten und dynamischen Ehefrau (Senatorin *Cristina Fernandez de Kirchner*) stehen könnte oder gar als Marionette seines Vorgängers *Eduardo Duhalde* agieren würde, so wurden diese in Windeseile zunichte gemacht. *Kirchner* wirbelte (und wie!), allerdings nicht in erster Linie in Bereichen wo dies nahe liegend oder erwartet worden war.

Sein erstes „Ziel“ waren die Militärs. In einer raschen und in seiner Tragweite unerwarteten Aktion schickte er einer Grossteil der höheren Offiziere in den vorzeitigen Ruhestand,

verbunden mit einer Entlassung des Oberkommandierenden *Brinzoni* und einer Betrauung des ihm nahe stehenden Generals *Bendini* mit dieser Aufgabe.

Nächstes Ziel war der Pensionsfond PAMI, eine der einflussreichen „Kassen“ in der argentinischen Politik, der mehr als ein Korruptionsgericht anhaftet. Hier erzwang *Kirchner* den Rücktritt mehrerer Vorstandsmitglieder aus Gewerkschaftskreisen und die formale Intervention zur Aufklärung administrativer Belange.

Danach ging es an den *Obersten Gerichtshof*. Galt dieser vormals als politisch *Menem* nahe stehend (in seiner Amtszeit wurden die meisten Mitglieder eingesetzt), konzentrierte sich *Kirchners* Angriff zunächst auf dessen Vorsitzenden *Julio Nazareno*, der in der Öffentlichkeit, aber auch unter Fachkollegen einen mehr als zweifelhaften Ruf genoss. Der Druck *Kirchners* zielte auf die Abgeordnetenversammlung, die im Rahmen eines verfassungsrechtlichen vorgesehenen Verfahrens zahlreiche Anschuldigungen gegen die Amtsführung *Nazarenos* zu prüfen begann. Die Beweislast war so eindeutig, dass sich *Nazareno* dem eigentlichen Verfahren durch einen vorzeitigen Rücktritt entzog. Danach richtete sich der Druck auf einen zweiten Obersten Richter, *Eduardo Moliné O'Connor*, gegen den derzeit das Verfahren im Senat läuft, nachdem die Abgeordnetenversammlung einer Anklage Mitte August zugestimmt hatte, auch wenn hier die Beweislast nicht so eindeutig wie im Falle *Nazarenos* ist.

Parallel bemühte sich *Kirchner* um einen Ersatz des Vorsitzenden, wobei hier die von ihm angekündigten Kriterien der Kompetenz und Transparenz zum Zuge kommen sollten. So musste sich der von *Kirchner* vorgeschlagenen Richter *Eugenio Zaffaroni* einer öffentlichen Anhörung stellen und es bestand die Möglichkeit Bedenken und Zustimmung öffentlich zu äußern. Sicher ein wichtiger und richtiger Schritt auf diesem Gebiet, auch wenn *Zaffaroni* eine politische Nähe zu *Kirchner* nachgesagt wird und es auch mehr als eine Kritik an seinen fachlichen Standpunkten (von ihm erlassene Urteile in der Vergangenheit) gibt.

Im Falle der stark kritisierten *Polizei* v.a. der Provinz Buenos Aires (Verdacht nicht nur auf mangelnde Verbrechensbekämpfung, sondern auch auf aktive Teilnahme an Entführungen und Überfällen) reihte sich *Kirchner* in den Chor der starken Kritiker ein, ein politisches Signal gegen *Felipe Sola*, den aktuellen Gouverneur der Provinz Buenos Aires (also *Duhaldes* Heimatprovinz), wobei dies jedoch kurzfristig keine weiteren Auswirkungen hatte angesichts

der Annäherungsstrategie bzw. des Nichtangriffpaktes von *Duhalde*, der es bisher vorzog, zumindest öffentlich keine Gegenposition zu *Kirchner* einzunehmen.

Außenpolitisch wurde *Kirchner* dann überraschenderweise sehr schnell aktiv. Hatte er im Wahlkampf noch fast ausschließlich die Beziehungen zu Brasilien (und mit Abstrichen) Chile in den Vordergrund gestellt (beiden Ländern galt ja auch seine erste Auslandsreise noch während des Wahlkampfes), so sorgte eine ausführliche Europareise und ein überraschend schneller Besuch in Washington für Aufmerksamkeit.

Während er in Europa v. a. Unterstützung für seine Verhandlungen mit dem IWF suchte, was ihm von *José Maria Aznar* in Spanien, *Gerhard Schröder* in Deutschland und *Jacques Chirac* in Frankreich auch freundlich zugesagt wurde, zeigte er gegenüber Grossunternehmern in Madrid und Paris sein anderes Gesicht: Während er in Paris die Unternehmer durch eine kurzfristige Absage bei einem offiziellen Essen brüskierte, griff er in Madrid die CEOs von Telefonica, Endesa u.a. offen an und warf ihnen vor in der Vergangenheit zu gut in Argentinien verdient zu haben, was nun aber vorbei sei. Kurz vor seiner Rückreise erteilte ihn die Einladung nach Washington (bei einem Blitzbesuch Powells war diese Möglichkeit zwar erörtert worden, der schnelle Termin kam dann aber sehr überraschend). *Kirchner* reiste also unmittelbar im Anschluss an Europa nach Washington, wo er von *George W. Bush* empfangen, in Sachen IWF aber getröstet wurde (da müsse er sich schon selber bemühen, so *Bush*).

Auffallend war vor allem die Euphorie bei Regierung und den meisten Medien nach beiden Auslandsreisen. *Kirchner* wurde regelrecht gefeiert ob der breiten Unterstützung, die er v.a. in Europa erfahren habe, und auch mit Washington habe man nun zwar keine „relaciones carnales“¹ mehr, dafür aber ein selbstbewusstes neues „standing“. Die völlige Verkennung der Bedeutung diplomatischer Floskeln und Gesten, die enorme „Überinterpretation“ von freundlichen Worten und das fehlende Verständnis, bestimmte Gesten seiner Gesprächspartner auch innenpolitisch zu deuten (etwa der Konflikt der privaten Gläubiger bei der argentinischen Auslandsverschuldung v.a. in Italien und Deutschland), lassen auf eine gewisse außenpolitische Unschuld schließen oder aber werden von der Regierung bewusst im Sinne der unten beschriebenen Strategie der Anhäufung innerargentinischer Zustimmung ignoriert.

¹ Eine Anspielung auf die in der Regierung Menem sehr engen Beziehungen zu den USA, der diese selbst als *relaciones carnales* (intime Beziehungen) bezeichnet hatte.

Innenpolitisch machte sich *Kirchner* v.a. in verschiedenen *Wahlkämpfen* in der Provinz bemerkbar. Dabei fiel im Falle Misiones (*Rovira*) und Stadt Buenos Aires (*Ibarra*) v.a. auf, dass seine ausdrückliche Unterstützung Kandidaten außerhalb der PJ galt, auch gegen offizielle Kandidaten seiner eigenen Partei (*Puerta* in Misiones und *Macri* in Capital Federal).

Vorläufiger Höhepunkt war jedoch das Thema der *Amnestiegesetze*. Hier setzte sich *Kirchner* regelrecht vehement und mit Leidenschaft ein. Man mag ihm hier durchaus auch unterstellen, dass er dies nicht nur aus innenpolitischem Kalkül initiierte, sondern ihm auch aus innerer Überzeugung am Herzen lag. Die Vorgehensweise und das Ergebnis sind aber zumindest zwiespältig.

Das Bemühen die Menschenrechtverletzungen in der Militärdiktatur neu aufzurollen und damit die unter *Menem* beschlossene Amnestiegesetze (*Leyes de obediencia debida* y *Leyes de punto final*) aufzuheben, kommen dem (berechtigten) Ruf nach Wahrheit und Gerechtigkeit sicher entgegen und verdienen mehr als nur Respekt.

Ob dies der notwendigen Versöhnung dient, darf zumindest bezweifelt werden, das gewählte Verfahren aber war mit Sicherheit fragwürdig.

Die rückwirkende Annullierung dieser Amnestiegesetze beinhaltet schwerwiegende verfassungsrechtliche und politische Zweifel. Der massive Druck auf beide Kammern des Kongresses, der Annullierung zuzustimmen, war erheblich (die Gewaltenteilung als hehres demokratisches Grundprinzip war hier nicht immer erkennbar) und der juristische Aspekt, inwieweit erlassenen Gesetze rückwirkend außer Kraft gesetzt werden können (gültig sind diese Gesetze ja seit 1998 nicht mehr), ist ja zumindest fragwürdig. Darüber wird in letzter Instanz noch der Oberste Gerichtshof zu entscheiden haben. Wie souverän und unabhängig dieser nach den massiven Attacken *Kirchners* ist, bleibt abzuwarten. Auch stellt sich die (praktische) Frage, wie die ohnehin überlastete Justiz mit der dann möglichen Prozesswelle, die immerhin nach ersten Schätzungen 1500 bis 2000 Angehörige der Streitkräfte vor Gericht bringen könnte, bewältigen will.

Und dennoch stimmten beide Kammern mit jeweils eindeutiger Mehrheit (dank der Disziplinierung der PJ-Fraktion trotz heftigster Bedenken etlicher Abgeordneter und Senatoren) der Annullierung zu.

Eindeutig negativ sind einige politischen Schlussfolgerungen: Der Kongress verliert ein gehöriges Maß an Autorität, Seriosität und Ansehen, wenn er selbst erlassene Gesetze in einem solchen Verfahren mit einem simplen Federstrich wieder rückgängig macht, und für den außen stehenden Betrachter drängt sich die Frage auf, ob nur diese Gesetze annulliert werden oder ob dies dann nicht auch für jedes andere beliebige Gesetz in der Vergangenheit gilt.

Verlässlichkeit und Rechtssicherheit, auch für Investoren, schafft dies sicher nicht.

Öffentliche Zustimmung, (bei den betroffenen Opfern der Menschenrechtsverletzungen verständlich und berechtigt) fand dies aber auf breiter Front auch in den Medien und dies nicht nur in Argentinien. Auch in der internationalen Presse wurde diese Episode fast ausschließlich aus der Sicht der Menschenrechtsverletzungen bewertet und analysiert, eine kritische verfassungsrechtliche Betrachtung oder Analyse der weitergehenden Auswirkungen fehlte in der Regel.

Stilfragen oder Strategie ?

Die zentrale Frage, die sich nach 90 Tagen *Kirchner* aufdrängt ist die, ob es sich bei seinem Vorgehen um eine gezielte Strategie handelt, oder ob dies nicht vielmehr in der Tat ein neuer Politikstil ist, der weniger auf kaltem Kalkül und mehr auf innerer Überzeugung und emotionalen Elementen beruht. Von den Medien als „Hurricane K“ oder „estilo K“ (K für *Kirchner*) charakterisiert und schon deutlich karikiert (s. rechts) verursacht *Kirchner* durch sein unkonventionelles Auftreten (angefangen bei der Kleiderordnung und endend bei den bei seinen Sicherheitskräften immer wieder Panik verursachenden „Ausflügen“ zu Umarmungen mit der Bevölkerung) zumindest Erstaunen, zunehmend aber auch Befremden.



War und ist es unter machstrategischen Aspekten noch zu verstehen, dass er seine Legitimationsbasis durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zu erweitern versucht (dies auch mit Erfolg, wie die rund 77% Zustimmung in der Bevölkerung derzeit beweisen), so stellt sich aber auch die Frage, ob sein auf Konfrontation ausgerichteter Kurs gegenüber Unternehmern (vorläufiger Höhepunkt war *Kirchners* Weigerung, die bedeutende Agrarmesse La Rural in Buenos Aires gemeinsamen mit dem Landwirtschaftsverband zu eröffnen) oder seine bewusst an der eigenen Partei vorbei zielende Unterstützung von Kandidaten auf Dauer gut gehen kann.

Auch der Umgang mit dem eigenen Kabinett (kaum ein Minister ist derzeit zu finden, der auch einmal eine eigne Meinung kundtut, und wenn der dies tut, wird er auch prompt vehement zurechtgewiesen) provoziert die Frage, ob die Suche nach der notwendigen und berechtigten Autorität des Staatspräsidenten nicht zuweilen mit autoritären Gebaren seinerseits verwechselt wird.

Dazu zwei jüngste Beispiele: Als Vizepräsident *Daniel Scioli* vor wenigen Tagen gegenüber der Presse einerseits kundtat, dass die Tarife für Strom, Wasser, Gas, Telefon, etc. in den nächsten 90 Tagen erhöht werden würden (im Kontext der Verhandlungen mit dem IWF) und er ferner der Meinung sei, dass ein ernstes Land keine Gesetze annulliere (in Anspielung auf die Amnestiegesetze und den eigenen Wahlslogen *Kirchner/Scioli*: Argentina, un país en serio – Argentinien, ein ernsthaftes Land) ließ *Kirchner* seinem Vize über den Präsidentialamtsminister mitteilen, dass er erstens die Tarife nicht erhöhen werde (wie seriös das ist, wird sich noch zeigen) und dass er zweitens keinen Dissens in der Frage der Amnestiegesetze dulde. Diese (öffentliche) Debatte führte zu einem klaren Bruch zwischen *Kirchner* und *Scioli*, der in Sprachlosigkeit gipfelte: *Kirchner* ließ *Scioli* kurzerhand drei Stunden vor seinem Amtszimmer warten und verweigerte ein Gespräch mit ihm.

Bis heute (26.8.) hat es zwischen beiden keine Aussprache gegeben. Hinzu kam dann noch eine nur als politische Repressalie zu bezeichnende Maßnahme: *Kirchner* verfügte die Entlassung des höchstrangigen Funktionärs des von *Scioli* formal geleiteten Tourismus- und Sportministeriums, namentlich den Staatssekretär *German Perez* und zwei seiner Mitarbeiter und ersetzte diesen durch einen Mann seines Vertrauens aus Santa Cruz (*Enrique Meyer*). Dabei darf man auch nicht vergessen, dass *Scioli* schließlich gewählter (nicht von *Kirchner*

ernannter) Vizepräsident des Landes und qua Amt auch Vorsitzender des Senates ist, also eindeutig der zweite Mann im Staate. Das Demokratieverständnis Kirchners erscheint so gesehen in einem etwas seltsamen Licht.

Aber auch mit seinem im Moment wohl wichtigsten Minister *Roberto Lavagna* (Wirtschaft und Finanzen) gab es erste Reibungsverluste, die vielleicht noch schwerwiegendere Auswirkungen haben können. Gegenüber Unternehmern gab *Lavagna* die Auskunft, dass in diesem Jahr keine öffentlichen Mittel mehr für öffentliche Investitionsvorhaben zur Verfügung stünden (*Kirchner* hatte im Wahlkampf noch ein Investitionspaket von rund 2 Mrd. US Dollar angekündigt).

Postwendend kam von Produktionsminister *Julio de Vido* auf Anweisung Kirchners die Antwort, dass sehr wohl Mittel in Höhe von 1,6 Mrd. US \$ für öffentliche Investitionen in den Jahren 2003 und 2004 zur Verfügung stünden. Auch hier stellt sich nicht nur die sachliche Frage (man darf wohl davon ausgehen, dass der Finanzminister weiss, wie viel Geld zur Verfügung steht), sondern auch die Stilfrage (an Stelle einer direkten Aussprache erfolgte der öffentliche Widerspruch des Präsidenten durch einen Kabinettskollegen).

Kirchner Konfrontationskurs schafft also zur Zeit ein hohes Maß an öffentlicher Zustimmung, provoziert aber auch eine Reihe von Konfliktherden, die auf Dauer und in dieser Streuung zunehmend kontraproduktiv wirken können.

Wahlen und politische Landschaft

Ein zentraler Aspekt bei der Analyse dieser ersten Etappe der Regierung *Kirchner* ist aber auch die politische Landschaft in den Provinzen. Mit der nationalen Wahl vom 27. April begann ja auch eine Serie zahlreicher politischer Entscheidungen in den Provinzen mit einer erheblichen Erneuerung auf der Ebene der Provinzregierungen, zahlreicher Kommunen und einer Teilerneuerung des Kongresses.

Nach dem Amtsantritt erfolgten bisher Wahlen in Córdoba, Tierra del Fuego, Tucuman, Catamarca, Stadt Buenos Aires und Salta. Bei all diesen Wahlen stand natürlich auch immer wieder Frage im Raum, inwieweit das Ergebnis der Regierung *Kirchner* dienlich war bzw. inwieweit sich Kandidaten im Wahlkampf an der Seite *Kirchners* zeigten.

Dabei muss, was die politische Relevanz angeht, natürlich zwischen wichtigen und weniger wichtigen Provinzen bzw. emblematischen oder weniger emblematischen Kandidaten unterschieden werden.

Den Anfang machte *Jose Manuel de la Sota* in Córdoba, der dort Anfang Juni überraschend deutlich mit knapp 52% wieder gewählt wurde und sich damit eindeutig als politischer Machtfaktor auf der Ebene der Provinzgouverneure zurückmeldete. Ihm gelang es auch in Sachen *Kirchner* eine gewisse Neutralität nach außen zu wahren, wodurch ihm in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Definition des PJ-internen Gleichgewichtes zukommen wird.

In der südlichsten Provinz Tierra del Fuego (also in der Nähe von *Kirchners* Heimatprovinz Santa Cruz) verlor der PJ Kandidat *Carlos Manfredotti* (der sich zur Wiederwahl stellte) trotz massiver Regierungsunterstützung durch zahlreiche Kabinettsmitglieder (auch wenn *Manfredotti* in der Vergangenheit eine gewisse Nähe zu *Menem* attestiert wurde) gegen seinen Herausforderer *Jorge Colazo* mit 46,3% zu 51,8% in der zweiten Runde.

In Tucuman konnte sich der Peronist *José Alperovich* mit seinem Frente Fundacional mit 42,37% klar gegen die Herausforderer *Esteban Jerez* (ehemaliger Antikorruptionsstaatsanwalt) mit 24,74% und *Ricardo Bussi* (19,18%) durchsetzen.

Alperovich beeilte sich, unmittelbar nach der Wahl am 30.7. seine Nähe zu *Kirchner* zu unterstreichen.

Am 24. August schließlich kam es dann zu einer ersten ernsthaften Machtprobe. Mit der Wahl um das Oberhaupt der Stadt Buenos Aires spitzte sich erstmals der schwelende Konflikt *Kirchner*-PJ zu.

Dort traten der Amtsinhaber *Aníbal Ibarra*, mit eindeutiger und dezidierter Unterstützung *Kirchners* gegen seinen wichtigsten Herausforderer, den Unternehmer und Vorsitzenden des populären Fußballvereins Boca Juniors, *Mauricio Macri* an. Es war angesichts der deutlichen Umfragen von vorneherein klar, dass die übrigen Kandidaten (*Luis Zamora* (Sozialisten), *Patricia Bullrich* (RECREAR) und *Cristian Caram* (UCR) keine Chance auf den Wahlsieg haben würden.

Während noch vor wenigen Monaten *Ibarra* zu Recht auf Grund seiner wenig überzeugenden Regierungsarbeit in den Umfragen weit hinter *Macri* lag, konnte er dank der Unterstützung *Kirchners* in den letzten Wochen deutlich aufholen.

Macri hingegen konnte nach dem Verzicht *Daniel Sciolis* (er war der im Rahmen von internen Wahlen gekürte Kandidat der PJ bis er das Angebot *Kirchners* zur Kandidatur als Vizepräsident annahm) die Unterstützung der PJ für sich gewinnen, da die Partei ihn zu ihrem Kandidaten ernannte.

Das vorläufige amtliche Endergebnis weist *Macri* mit 37,00% als eindeutigen Sieger aus, auch wenn der Abstand zu *Ibarra* (33,68%) wie erwartet knapp ausfiel. Etwas stärker als erwartet schnitt *Zamora* (12,30%) ab, wie erwartet enttäuschend das Ergebnis von *Patricia Bullrich* (9,84%), v.a. wenn man bedenkt, dass die Hauptstadt die entscheidende Bastion von *Ricardo Lopez Murphy* und RECREAR gewesen war, der bei der Präsidentschaftswahl hier 25,85% erzielte. Es zeigte sich wieder einmal, dass Stimmenanteile nicht übertragbar sind und *Lopez Murphy* vermutlich einen entscheidenden politischen Fehler gemacht hat, hier nicht selber anzutreten.

Gemäß der geltenden Wahlgesetzgebung ist nun eine Stichwahl zwischen *Ibarra* und *Macri* fällig, die am 14. September stattfinden wird. Wer hier welche Anteile von *Zamora* und *Bullrich* auf sich vereinen kann, ist offen, beide Kandidaten verweigerten nach der Wahl eine eindeutige politische Empfehlung an ihre Wähler. Die diesbezüglichen Umfragen geben zwar durchweg *Ibarra* die besseren Chancen (zumal *Macri* relativ hohe Negativwerte in diesen Umfragen aufweist), aber in drei Wochen ist sicherlich noch einiges zu erwarten, u.a. einen sich im Ton nochmals verschärfenden Wahlkampf. Auf die nationale Ebene bezogen hat *Kirchner* durch seine eindeutige Unterstützung für *Ibarra* diese Stichwahl auch in die Nähe eines ersten Plebiszits über seine Regierungsarbeit gerückt, ein etwas riskantes Unterfangen, da das Ergebnis durchaus nicht eindeutig vorherzusagen ist.

Daneben fanden an diesem 24.8. noch Wahlen in Catamarca (Gouverneurswahlen) und Salta (Verfassungsgebende Versammlung) statt.

Während es in Salta ein eindeutiges Votum für eine Verfassungsänderung gab (das vorläufige Ergebnis verschafft *Romero* rund zwei Drittel der Mandate der Versammlung, die über die

Verfassungsänderung abzustimmen hat), die es Gouverneur *Romero* (PJ, ehemaliger Kandidat zum Vizepräsident mit *Menem*) ermöglicht zur Wiederwahl anzutreten, musste in Catamarca die Schwester des umstrittenen PJ-Senators *Barrionuevo*, *Liliana Barrionuevo*, mit 44,2% eine klare Niederlagen gegen ihren Herausforderer *Eduardo Brizuela del Moral* (49,8%) einstecken. Dieses Ergebnis war ganz nach dem Geschmack *Kirchners*, der auf eine Niederlage seines politischen Gegners *Luis Barrionuevo* (auch wenn dieser nicht selbst der Kandidat war) gesetzt hatte. Man darf nicht vergessen, dass die „First Lady“, *Cristina Fernandez de Kirchner* vor einigen Monaten im Senat die Wortführerin bei dem (vergeblichen) Versuch war, *Barrionuevo* seines Amtes als Senator auf Grund von Korruptionsvorwürfen zu entheben.

In drei Wochen steht nun am 14.9. die wohl wichtigste Wahlrunde an: Sowohl die zweite Runde bei der Entscheidung in der Stadt Buenos Aires wie auch die Gouverneurswahl in der wichtigsten Provinz des Landes, Buenos Aires.

Harte Fakten vs. Illusion

Bei allen publikumswirksamen Aktionen sind die harten Fakten im wirtschaftspolitischen Alltag Argentiniens deutlich in den Hintergrund geraten, was beileibe nicht heißt, dass diese an Bedeutung verloren haben. Ganz im Gegenteil.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich kaum verbessert, auch wenn die Regierung (wie schon unter *Duhalde*) zu dem statistischen Kunstgriff überging, die Arbeitslosenzahlen „schönzurechnen“: Durch die Einbeziehung der sozialen Hilfsprogramme „planes jefas y jefes de hogar“ in die Rubrik „arbeitende Bevölkerung“ sank in der Statistik die Arbeitslosenquote auf 15,6%, (bei genauerem hinsehen aber eben nur durch diese zusätzlichen Hilfsprogramme). Um diesen Faktor bereinigt bleibt diese Zahl unverändert bei 21,4%.²

Auch die Daten zu Armutslage zeigen keine nennenswerte Veränderung: Nach wie vor leben knapp über 50% der Argentinier in Armut, und bisher ist auch von einer signifikante wirtschaftlichen Erholung nichts zu spüren. Dies ist auch nicht zu erwarten. Da Argentinien bisher keine externen Kredite erhält und die Banken zwar wieder Kapital angesammelt haben, dieses aber mit so hohen Sparzinsen halten, dass sie ihrerseits nur Kredite zu immens hohen Kreditkosten gewähren, mangelt es der Wirtschaft an Investitionskapital, weshalb hier keine nennenswerte Verbesserung zu spüren ist.

² Vergl. La Nacion vom 1.8.2003

Hinsichtlich des IWF gibt es sanfte Verbesserungen, aber auch die nüchterne Erkenntnis, dass der Verhandlungsmarathon noch lange dauern wird. Von Seiten der Regierung wird allerdings Optimismus versprüht, der durch Aussagen hoher Funktionäre aus den USA (Staatssekretär *Taylor* aus dem Finanzministerium) und auch anerkennender Worte des IWF Direktors *Horst Köhler* bei seinem Argentinienbesuch genährt wurde. Tatsache ist jedoch, dass der Verhandlungsmarathon gerade erst begonnen hat (mit einem gewissen Zeitdruck, da das z.Z. gültige Abkommen Ende August ausläuft und dann wieder säumige Zinszahlungen anstehen).

Auch wenn politischer Wille bei allen Akteuren³ vorhanden ist, ein solches Abkommen schnell zu Stande zu bringen (in der Diskussion ist ein dreijähriges Abkommen), sprechen die objektiven Probleme (der argentinische Kongress, in diesem Fall der Senat hat wieder einmal zahlreiche vom IWF eingeforderte Reformen abgelehnt), u.a. das explosive Thema der nicht angepassten Tarife für Strom, Wasser, Gas, Telefon etc., dafür, dass ein solches Abkommen nur eine sehr begrenzte Wirkung haben wird und auch an die reale Zahlungsmoral Argentiniens gekoppelt sein wird. Die wesentlichen Differenzen bei den Verhandlungen des dreijährigen Abkommens konzentrieren sich deshalb auf die Frage der Steuereinnahmen (die Regierung schlägt einen Überschuss von 3% des BIP in den drei Jahren vor, der IWF verlangt 3% in 2004, 3,5%-4% in 2005 und 2006), der realen Zahlungen (der IWF erwartet Zahlungen in Höhe von 1,4 Mrd. US Dollar, die Regierung möchte alle Zahlungen stunden) und die schon erwähnten Tarifierhöhungen (der IWF erwartet klare Zahlen und Termine, die Regierung möchte sich nicht festlegen).

Wer dann aber noch an ein solches Abkommen die Illusion nennenswerter frischer Geldmittel koppelt, hat sicher mehr eine Illusion denn eine reale Erwartung vor Augen.

Wie geht es weiter ?

Kurzfristig hat *Kirchner* mit seiner bisherigen politischen Strategie Erfolg, die enorme öffentliche Zustimmung gibt ihm sicher Recht. Es wäre aber aus seiner Sicht trügerisch, wenn er seine politische Macht allein auf diese Zustimmung gründen würde. Gerade in Argentinien gibt es genügend Beispiele dafür, wie wankelmütig diese Zustimmung sein kann und wie schnell diese demnach auch kippen kann.

³ sowohl bei IWF und argentinischer Regierung wie auch bei der amerikanischen Regierung – weniger auf europäischer Seite, wo das Problem der privaten Anleger in Deutschland und Italien und der brüskierten Unternehmer in Frankreich und Spanien zu einer reservierteren Haltung führt

Hinzu kommt die Frage, ob *Kirchner* nicht irgendwann die Luft (oder die Gegner) ausgehen, gegen die er seine Attacken richten kann.⁴

Letztlich ist die zentrale Frage, ob es ihm gelingt, die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dies wird der Faktor sein, an dem ihn auch die Bevölkerung messen wird, wenn die politische Debatte wieder in den Hintergrund rückt (d.h. wenn die Wahlen im Lande abgeschlossen sind) und sich jeder einzelne fragt, ob und inwieweit es ihm persönlich besser geht als noch vor einem Jahr.

Spätestens Anfang nächsten Jahres muss sich dann auch die politische Landschaft klären. Die aktuelle Situation, in der die PJ als einzige schlagkräftige politische Kraft im Land sowohl Regierung wie auch Opposition spielen muss, ist auf Dauer nicht haltbar und schadet auch dem politischen System. Demzufolge spielen die noch ausstehenden Entscheidungen innerhalb der PJ (Wahl eines neuen Parteivorstandes) eine ganz entscheidende Rolle, v.a. auch weil die übrigen Parteien (ARI und RECREAR, ganz zu schweigen von der UCR) dem „Wirbelwind *Kirchner*“ bisher nichts entgegenzusetzen haben.

Eins scheint aber klar zu sein: auch für *Kirchner* wird der „Honeymoon“ zu Ende gehen, dann wird auch er Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob seine bisherigen Aktionen mehr als nur Applaus eingebracht haben. Argentinien und die Argentinier erwarten zu Recht eine nachhaltige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen, aber auch ihrer politischen Situation. Klare Nachweise, dass ihm dies gelingt oder auch nur Hinweise wie er dies zu erreichen gedenkt, ist er bisher schuldig geblieben.

⁴ es geht bereits der makabre Spruch um: „Si no les podemos dar pesos, les damos presos“, frei übersetzt: wenn wir dem Volk kein Geld (=Verbesserung der wirtschaftlichen Lage) anbieten können, dann geben wir ihm Gefangene (Nazareno, Militärs, etc.)